

12.05.04

Antrag

der Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein

Gesetz zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Kommunales Optionsgesetz)

TOP 82 der 799. Sitzung des Bundesrates am 14. Mai 2004

Der Bundesrat möge die folgende EntschlieÙung fassen:

Der Bundesrat begrüÙt die Aussagen auf Bundesebene, dass die den Kommunen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt versprochene Entlastung von 2,5 Milliarden Euro sichergestellt werden soll.

Nach den bisherigen Berechnungen der Kommunalen Spitzenverbände und einiger Länder werden die zukünftig von den Kommunen zu tragenden Kosten für die Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende weitaus höher ausfallen als im Gesetzgebungsverfahren angenommen. Folglich kann die versprochene Entlastung mit den derzeit gültigen Regelungen des SGB II nicht eintreten.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung daher auf, kurzfristig konkrete Vorschläge für gesetzliche Änderungen vorzulegen, die die gewollte kommunale Entlastung sicherstellen.